



## Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Annette Karl, Michael Busch, Ruth Waldmann, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Florian Ritter, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild SPD**

### **Weg frei für das soziale Europa: EU-Sozialgipfel von Porto zum Erfolg führen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt,

- die Zielsetzung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft, die „Europäische Säule sozialer Rechte“ (ESSR) weiterentwickeln, vertiefen und umsetzen zu wollen,
- den „Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte“ der Europäischen Kommission vom 4. März 2021. Folgende Kernziele stehen dabei für die EU bis zum Jahr 2030 in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialschutz im Mittelpunkt:
  1. Mindestens 78 Prozent der 20 bis 64-Jährigen sollen bis zum Jahr 2030 in einem Beschäftigungsverhältnis sein.
  2. Mindestens 60 Prozent der Erwachsenen sollen jedes Jahr an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.
  3. Die Anzahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen soll um mindestens 15 Mio. reduziert werden.

Der Landtag stellt fest:

Die ESSR ist ein zentrales Instrument zur Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Krise der EU durch die COVID-19-Pandemie. Nur ein stärkeres, gerechteres und inklusiveres soziales Europa kann die sozialen Auswirkungen der Pandemie meistern.

Der Landtag unterstützt die für den EU-Sozialgipfel im Mai 2021 in Porto vorgesehenen sozialpolitischen Impulse mit der eigenen Zielsetzung, in der Folge mit eigenen Aktionsplänen konkrete Fortschritte in den folgenden Bereichen zu erzielen:

- Bekämpfung von Diskriminierung, Armut und sozialer Ausgrenzung
- Förderung der Entwicklung von an die moderne und digitale Wirtschaft angepassten Qualifikationen
- Förderung des sozialen Dialogs in globalen Lieferketten und multinationalen Unternehmen
- Reglementierung neuer Arbeitsformen im Sinne von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und sicheren Arbeitsplätzen, gerechten und angemessenen (Mindest-) Löhnen, familiengerechten Arbeitszeitmodellen sowie Zugang zur sozialen Sicherung auf der Grundlage des sozialen Dialogs und von Tarifverhandlungen, unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis.

**Begründung:**

Der Sozialgipfel im Mai 2021 in Porto wird politische Impulse für die Umsetzung der ESSR und des Anfang 2021 angekündigten Aktionsplans der EU-Kommission geben und ihre zentrale Rolle für die europäische Erholung und für die Anpassung an den klimapolitischen, digitalen und demografischen Wandel hervorheben. Hauptpunkte auf der Agenda des Gipfels werden die Bereiche Beschäftigung, Qualifikationen und Sozialschutz sein. Weitere wichtige Themen werden die Zukunft der Arbeit, menschenwürdige Arbeit, die Verhandlungen über eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne und die Förderung der Entwicklung von an die moderne und digitale Wirtschaft angepassten Qualifikationen sein.

Die Europäische Kommission hat in den letzten Jahren verstärkt die soziale Dimension europäischer Integration auf die Agenda gesetzt. In ihrem „Weißbuch zur Zukunft Europas“ und ihrem „Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas“ stellt sie die Bedeutung der sozialen Dimension für die Zukunft des Integrationsprojektes heraus. Die so angestoßene Debatte wurde von den EU-Mitgliedstaaten aufgegriffen und mündete im Jahr 2017 in der Proklamation der ESSR. Im Rahmen dieser Proklamation bekennt sich die EU zu einem Paket von 20 Grundsätzen und Rechten, die den sozialen Schutz der Bürgerinnen und Bürger garantieren sollen. Während die ESSR zunächst als Fortschritt auf europäischer Ebene zu bewerten ist, bleibt ihre endgültige Wirkungskraft aber davon abhängig, wie ihre Umsetzung auf den anderen Ebenen gelingt.